

Landtagswahlen: 14. Oktober 2018 in Bayern

Antwort der Grünen:

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Frage 1:

Mangelnde **Sichtbarkeit** ist für bisexuelle Menschen ein zentrales Thema

(http://www.queer.de/detail.php?article_id=20138).

Wie wollen Sie das Bewusstsein für bisexuelle Menschen in unserer Gesellschaft stärken?

Bisexuelle Menschen sind fester Bestandteil der Gesellschaft. Sie dürfen von der Politik nicht ignoriert werden und müssen den gleichen Schutz genießen wie Menschen mit anderen sexuellen Orientierungen. Für uns GRÜNE ist klar: ein Bewusstsein für Bisexualität hängt weitgehend mit deren Sichtbarkeit zusammen. Diese wird zum einen erreicht durch eine in sich tolerante LGBTIQ*-Community, die Bisexualität in ihren Wünschen, Ideen und Forderungen konsequent darstellt und die zum anderen Bisexuelle in ihre Gemeinschaft auch in der Außenwirkung mit einbezieht.

Frage 2:

Bisexuelle outen sich deutlich später oder gar nicht als andere (http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/Umfragen/20170719_Umfrageergebnisse_Out_im_Office.html), dabei trägt ein **Coming-out** deutlich zur Zufriedenheit bei (<https://bisexual.org/study-shows-benefits-of-coming-out-bi/>).

In Deutschland gibt es kaum geoutete bisexuelle Politiker_innen, im Bundestag niemanden. Dagegen sieht es in den USA, aber auch anderen europäischen Staaten ganz anders aus (https://en.wikipedia.org/wiki/Kyrsten_Sinema, https://en.wikipedia.org/wiki/Kate_Brown, https://en.wikipedia.org/wiki/Krista_van_Velzen, https://en.wikipedia.org/wiki/Tommy_Ahlers).

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Wie wollen Sie Coming-outs unterstützen – von Vorbildern (Politiker_innen, Lehrer_innen)?

Die Zufriedenheit nach einem Coming-Out ist verständlicherweise in der Regel höher. Die Aufgabe der Politik und der Gesellschaft ist es, einem Coming-Out zur Normalität zu verhelfen. Es darf weder in der Gesellschaft, noch in der Arbeitswelt zu Nachteilen oder Diskriminierung für Bisexuelle führen. Die Rahmenbedingungen dafür müssen auch in engem Kontakt mit entsprechenden Fachstellen und Vereinen geschaffen werden. Wir GRÜNEN wollen auch für die Belange von Bisexuellen eine*n Gleichstellungsbeauftragte*n in Bayern, die die Bedarfe kennenlernt und in gleichstellungspolitische Aktivitäten einbezieht.

Frage 3:

Auch **Teenager**, die sich als bisexuell identifizieren, sind deutlich seltener geoutet, dafür haben sie noch stärker als homosexuelle Gleichaltrige mit Mobbing, Selbstmordgedanken und Drogenmissbrauch zu kämpfen (<http://www.hrc.org/youth-report/supporting-and-caring-for-our-bisexual-youth>).

Dabei ist die Gruppe von jungen Menschen, die sich nicht als 100% heterosexuell oder 100% homosexuell einstuft, keine Minderheit (39%, <http://www.bine.net/sites/default/files/bijou31yougov.pdf>).

Wie wollen Sie Coming-outs von bisexuellen Jugendlichen unterstützen und sich gegen Diskriminierung bisexueller Jugendlicher einsetzen?

Wie hoch werden die Mittel sein, die dazu zur Verfügung stehen werden?

Zusätzlich zur Antwort auf Frage 2 wollen wir explizit LGBTIQ*-Jugendlichen in Bayern bessere Angebote, bessere Beratung und mehr Gehör verschaffen. Die Staatsregierung schläft hier und verlässt sich auf Kommunen und Zivilgesellschaft, obwohl die Belange queerer Jugendlicher in vielerlei Hinsicht ein Landesthema sind. Zur Stärkung des ländlichen Raumes gehören neben niederschweligen und attraktiven Beratungsangeboten, die es aktuell in weiten Teilen Bayerns so nicht gibt, aufgeklärte, sensibilisierte und geschulte Pädagog*innen. Das wollen wir GRÜNEN fördern und auch fordern, sowohl im schulischen Bereich, als auch bei den vorhandenen Beratungsstellen. Dazu braucht es den Willen von Kommunen, aber auch vom Land Bayern. Vereine, auf die sich die

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Staatsregierung in Beratungsfragen verlässt und auf Nachfrage auch wohlwollend bezieht, müssen auf solide finanzielle Beine gestellt werden, um auch jungen Bisexuellen eine verlässliche und kompetente Anlaufstelle zu sein und eine Hilfe auf dem Weg zum Coming-Out in einer sie auffangenden Gemeinschaft.

Für die Versorgung Jugendlicher sind die Kommunen zuständig. Wo das finanziell nicht ausreichend garantiert ist, stellen wir uns z.B. einen Etat vor, aus dem Vereine, Träger und Kommunen im Bedarfsfall Mittel beantragen können um solide arbeiten zu können, sich fortbilden und dauerhafte Betreuung, auch im Peer-to-Peer-Bereich, gewährleisten können.

Vereine, die beratend zur Verfügung stehen und deren Expertise regelmäßig gefragt ist, können das nicht ehrenamtlich nebenbei schaffen, insbesondere im Peer-to-Peer-Bereich. Sie sollten die Möglichkeit bekommen, halbe oder ganze Stellen zur Unterstützung zu erhalten, um die alltägliche Last auf hauptamtliche Schultern ablegen zu können.

Frage 4:

Laut einer Umfrage wünschen sich 86% der deutschen Bisexuellen mehr **Aufklärung** über Bisexualität **in der Schule** (vgl. http://www.bine.net/sites/default/files/umfrage_6_bi-bewegung.pdf).

Arbeitsblätter und Hilfestellungen gibt es auf <http://www.bine.net/schule>.

In der Schulpraxis wird Bisexualität bislang komplett verschwiegen.

In Bayern gibt es als einziges Bundesland keinen Aktionsplan für Akzeptanz geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung (<https://www.lsvd.de/politik/aktionsplaene-fuer-vielfalt-und-akzeptanz.html>).

Wie wollen Sie sicherstellen, dass Schüler_innen über Bisexualität aufgeklärt werden?

Da wir GRÜNEN in einem Aktionsplan Vielfalt und Akzeptanz fördern wollen, sowohl im Alltag, in Behörden, im Sicherheitsbereich, als auch in Schulen, ist Bisexualität für uns dabei ein fester und unverhandelbarer Bestandteil der Bedarfe der LGBTIQ*-Community.

Frage 5:

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Es gibt in Deutschland Gruppierungen wie „**Besorgte Eltern**“, die sich gegen Sexualaufklärung aussprechen (<http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/besorgte-eltern-und-ihr-seltsamer-protest-gegen-sexualkundeunterricht-a-1017578.html>). Leider finden sie und andere LSBTI*-feindliche Akteur_innen auch bei Politiker_innen Gehör (http://www.queer.de/detail.php?article_id=24787).

Dabei gefährdet eine Abschaffung oder starke Einschränkung von Kindern stärkender Sexualaufklärung nicht nur LSBTI*-Jugendliche, sondern alle Jugendliche und öffnet Tür und Tore für sexuellen Missbrauch. Denn Jugendliche, die unwissend und nicht selbstbewusst sind, können sich gar nicht gegen sexuellen Missbrauch wehren und wissen auch nicht, dass sie sich an Vertrauenspersonen wenden können, die ihnen im Fall der Fälle helfen können.

Wie schützen Sie unsere Kinder und Jugendlichen vor rückwärtsgewandte Kräfte wie den „Besorgten Eltern“?

In die Erziehung von Kindern durch deren Eltern kann sich die Politik nicht einmischen und das ist auch gut so. Wir können aber dafür Sorge tragen, dass die Gesellschaft sich weiterentwickelt, dass Vorurteile abgebaut und die Sichtbarkeit erhöht wird, um auch Eltern zu erreichen. Für die Jugendlichen selbst gilt es seitens der Politik, verlässliche und im Bedarfsfall auch anonyme Beratungsangebote zu schaffen und die Eltern im Fall der Fälle mit in die Beratung einzubinden. Hierzu braucht es fundiert geschultes Personal in Vereinen und in Schulen, um Kindern und Jugendlichen beiseite stehen zu können.

Frage 6:

In Schleswig-Holstein gab es im Rahmen von „Echte Vielfalt“ ein **Initiative zu bisexueller Sichtbarkeit**:

http://www.schleswig-holstein.de/DE/Landesregierung/VIII/Presse/PI/2017_neu/1709_22_VIII_Bisexuelle.html, <http://haki-sh.de/de/nachrichten-lesen/echte-bisexuelle-vielfalt-im-norden.html>.

Welche vergleichbare Aktion können Sie sich für Ihr Bundesland vorstellen? Wie soll es umgesetzt werden?

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Eine Beflaggung ist im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten ein Mittel, Aufmerksamkeit und Sichtbarkeit zu schaffen. Wichtiger ist es für uns jedoch, die Sichtbarkeit nicht auf einen Tag zu beschränken, sondern den Alltag von bisexuellen Jugendlichen und Erwachsenen frei von Diskriminierung zu gestalten. Vgl. Frage 1-5.

Frage 7:

Die **Forschung** hinkt beim Thema Bisexualität hinterher (https://www.focus.de/gesundheit/ratgeber/sexualitaet/tid-17693/bisexualitaet-wenig-forschung-um-ein-minderheitenphaenomen_aid_492784.html).

Inwieweit fördern Sie die Forschung zum Thema Bisexualität an den Universitäten? Welche Mittel stellen Sie dazu zur Verfügung?

Und inwiefern sorgen Sie für die Verbreitung und Berücksichtigung der Ergebnisse in Ihrer politischen Arbeit?

Forschung ist für uns ein wichtiges Themengebiet. Wo bis dato Mittel gekürzt wurden, wollen wir diese wieder angleichen. Das gilt z.B. insbesondere für die Genderforschung, die übergeordnet auch die sexuelle Orientierung tangiert, wenn wir Geschlecht nicht einzig als biologische Konstante begreifen und Gleichstellung das Ziel ist. Als faktenorientierte Partei richten wir unsere Politik auch in diesem Gebiet an Tatsachen und an dem Wunsch einer diskriminierungsfreien Gesellschaft aus.

Frage 8:

Auch in der Politik äußern sich **Politiker_innen LSBTI*-feindlich** (<https://www.zeit.de/politik/ausland/2016-10/guenther-oettinger-chinesen-homo-ehe>, <https://www.tagesspiegel.de/politik/die-afd-und-ihre-provokationen-judenhass-homophobie-islamkritik/13690892.html>).

Warum gibt es keine harten Konsequenzen für menschenrechtsfeindliche Äußerungen von Politiker_innen? Wie wollen Sie das ändern, dass einzelne Politiker_innen sich so daneben benehmen?

Bisexuelle Wahlprüfsteine

Hetze, Diskriminierung und Beleidigung sind nicht durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Wo sich Äußerungen von der freien Meinung hin zu einer Straftat bewegen, wünschen wir uns auch rechtliche Konsequenzen. Wir haben Vertrauen in unsere Gerichte, auch wenn nicht jedes Urteil immer für alle verständlich ist.

Politiker*innen ihre Grenzen aufzeigen kann nur passieren, in dem wir gemeinsam mit den demokratischen Parteien nicht schweigen, Verfehlungen in und außerhalb von Parlamenten scharf kritisieren und aufzeigen, dass in der Gesellschaft für Hass und Hetze kein Platz ist.

Frage 9:

Gewalt ist immer zu verachten, aber **Hasskriminalität** ist ein besonders zu verachtendes Vergehen

(<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/hasskriminalitaet-gegen-lesben-schwule-und-transgender-300-faelle-im-jahr-2017-a-1193096.html>).

Wie wollen Sie bisexuelle Mitmenschen besser vor Hassgewalt schützen?

Wir fordern in unserem Programm zur Landtagswahl, dass es bei Polizei und Staatsanwaltschaft für Menschen, die aufgrund ihrer sexuellen Orientierung zum Opfer von Beleidigungen oder Gewalt wurden, niederschwellige Kontaktmöglichkeiten und feste Ansprechpersonen geben muss. Diese müssen leicht zu finden und schnell zu kontaktieren sein. Auch hier gilt aber, dass im Bereich von Sicherheit und Ordnung deutlich intensiver und verpflichtender geschult wird, als es bis dato der Fall ist. Jede*r Beamt*in muss solche Straftaten richtig einordnen können und eine vertrauenswürdige erste Kontaktperson sein. Angst vor Behördenwillkür oder Ressentiments dürfen kein Grund sein, sich als Opfer nicht an die Polizei zu wenden. Auch bei der Aufklärungsquote sehen wir GRÜNEN in Bayern Handlungsbedarf. Diese ist aktuell im Vergleich mit allen Delikten unterdurchschnittlich.

Frage 10:

Beim **Blutspenden** werden bisexuelle Männer genauso wie homosexuelle Männer nach wie vor diskriminiert. Dabei ist die sexuelle Orientierung als einziges Kriterium nicht nachvollziehbar. Monogame und zuverlässig Safer Sex Praktizierende stellen kein höheres Risiko dar. Andere Länder sind hier schon weiter

(https://www.queer.de/detail.php?article_id=31824).

Was ist Ihre Haltung zur Verbesserung der Blutspenderegulungen für Männer, die mit Männern Sex haben?

Wir haben in Ländern und auf Bundesebene bereits Initiativen gestartet oder unterstützt, um diese Pauschalverurteilung zu beenden. Nicht die sexuelle Orientierung ist das Risiko, sondern die Art des Auslebens der Sexualität. Wir hoffen, dass es immer verlässlichere Schnelltestes für relevante Krankheiten gibt, um diese Diskriminierung auf Basis eines einzigen Merkmals zu beenden. Menschen, die helfen wollen, sollen das auch können.

Frage 11:

Die sogenannten „Homoheiler“ sind eine höchst gefährlich unwissenschaftliche Gruppe, die Erwachsene, aber vor allem auch Jugendliche weitreichenden psychischen Schade zufügen. Leider sind die **Reparativtherapien** in Deutschland noch nicht verboten

(<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/konversionstherapien-bundesregierung-will-homo-heiler-nicht-verbieten/19476438.html>,
<https://www.tagesspiegel.de/berlin/queerspiegel/initiative-im-bundesrat-bremen-will-homo-heiler-verbieten-lassen/22972658.html>).

Im Gegensatz zu anderen Ländern

(https://de.wikipedia.org/wiki/Reparativtherapie#Rechtliche_Lage).

Was tun Sie dafür, um besonders Jugendliche vor diesen Scharlatanen zu beschützen?

Wir wollen mindestens das Bewerben sogenannter „Konversionstherapien“ verbieten, bestenfalls aber deren Durchführung. Diese Versuche, Homosexualität zu heilen, widersprechen in unseren Augen dem Jugendschutz und der Suizidprophylaxe.

Frage 12:

Was möchten Sie noch hinzufügen?

Wir GRÜNEN werden auch weiterhin die verlässliche Stimme der LGBTIQ*-Community und damit auch der Bisexuellen sein. Wir sind offen für Vorschläge und nehmen Bedürfnisse und Vorschläge ernst.